

Halo Saibold, Kreisrätin

Mitglied der Fraktion von



im Passauer Kreistag

An den
Landrat Franz Meyer
Domplatz
94032 Passau

Antrag für den Kreistag
„Für eine aktive Klimapolitik“!

Sehr geehrter Herr Landrat,

seit 40 Jahren ist bekannt, welche Folgen der menschengemachte Klimawandel für uns und unsere Erde haben wird. Doch aller Warnungen der Wissenschaftler zum Trotz steigen die CO₂-Emissionen immer weiter. Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden - die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC von Ende März 2019 bleibt uns nur noch etwas mehr als ein Jahrzehnt, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und damit die verheerendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der Klimanotstand ist bittere Realität. Unser aller Zukunft und der Fortbestand unseres Planeten steht auf dem Spiel. Wir müssen daher jetzt handeln – auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und internationaler Ebene..

Angesichts der krisenhaften Entwicklung des Weltklimas und der offenkundig ungenügenden Maßnahmen zur Eindämmung der CO₂-Emissionen fordern die Grünen die Ausrufung des Klimanotstandes (Climate emergency) auch im Landkreis Passau. Der Kreistag erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. (Der beantragte Klimanotstand ist kein Notstandsgesetz im rechtlichen Sinne. Es geht vielmehr um die Anerkennung und Erkenntnis, dass die Menschheit sich in existenziellen Notlage befindet und bisher nicht entsprechend gehandelt wurde.)

Konkret verlangen wir, dass ab sofort bei allen Entscheidungen des Kreistages die Klimawirksamkeit zu berücksichtigen ist.

Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und Artenschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung bewertet werden. Generell sollen alle Entscheidungen in Zukunft unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Klima, Natur und Umwelt fallen – ähnlich wie es jetzt einen Finanzierungsvorbehalt gibt, soll es zukünftig auch einen **Klima-Vorbehalt** geben.

- Des Weiteren wird der Landrat aufgefordert, dem Kreistag und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen zu ziehen.
- Der Kreistag wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Kreistag orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Kreistag fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Der Kreistag fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. •